

## Dringlichkeitsantrag



LANDTAGSKLUB TIROL  
Eduard-Wallnöfer-Platz 3  
A-6020 Innsbruck

Tel: +43 512 5083082  
Fax: +43 512 5083085  
Email: landtagsklub@tirol.gv.at

www.fpo.e.tirol

des FPÖ Landtagsklub bzw. der Abgeordneten  
KO Markus Abwerzger, KO -Stv. Evelyn Achhorner, Alexander Gamper,  
Patrick Haslwanter und Christofer Ranzmaier

## Nein zu einem „digitalen grünen Pass“

**Der Tiroler Landtag wolle beschließen:**

**„Der Tiroler Landtag spricht sich entschieden gegen die Einführung eines ‚digitalen grünen Passes‘ durch die EU aus. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ein ‚digitaler Impfpass‘ sowohl auf europäischer Ebene noch in Österreich jemals eingeführt wird.“**

Begründung:

Die Datenschutz-Grundverordnung der EU untersagt im Art. 9 Abs 1 grundsätzlich die Verwendung von Gesundheitsdaten. Im Abs 2 lit h ist sind zwar diverse Ausnahmen bei Gesundheitsdaten geregelt, zugleich wird aber normiert, dass „das angemessene und spezifische Maßnahmen zur Wahrung der Rechte und Freiheiten der betroffenen Person“ vorzusehen sind. Die Einführung eines „digitalen grünen Impfpasses“ ist ein massiver Einschnitt in die Persönlichkeitsrechte. Der Datenschutzexperte der Grundrechtsplattform epicenter.works, Thomas Lohninger, wird wie folgt zitiert. „Wenn ein digitaler Impfpass ein Ausdruck einer ärztlichen Bestätigung wäre, haben wir kein Problem damit. Wenn das wirklich eine App ist, die als Zutrittskontrolle für Kino und Restaurants oder dafür, das Land zu verlassen, verwendet wird, dann wäre das ein Datenschutz-Super-GAU.“ (<https://orf.at/stories/3203431/>) Im selben Bericht wird ARGE-Daten-Obmann Hans Zeger wie folgt zitiert: „Nordkorea und China würden sich das nicht trauen“, womit er die Wichtigkeit Einhaltung der Grundrechte in der EU betont, die in den genannten Staaten nur marginal Berücksichtigung finden. Die Folgen eines derartigen Impfpasses sind nicht absehbar, da sie alle Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger der EU betreffen würden.

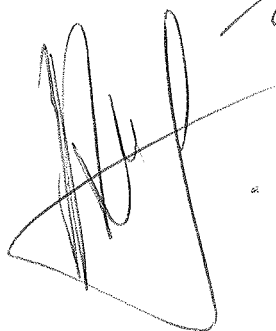
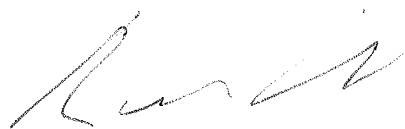
Die Dringlichkeit dieses Antrages ergibt sich aus der tragischen Tatsache, dass auch die schwarz-grüne Bundesregierung eine derartige Grundrechtsverletzung befürworten.

**Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten; Ausschuss für Föderalismus und Europäische Integration**

Innsbruck, März 2021



E. Alw



Albada